

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 01/2024 ★ 32. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Januar 2024

Gegen den Strom der Vergangenheit Ausblick auf 2024

Joachim Bonatz
Vorsitzender der ISOR e.V.



Das zurückliegende Jahr 2023 war kein gutes.

Es war nach UN-Einschätzung das gefährlichste Jahr seit dem Ende des Kalten Krieges. Wie nie stand und steht die Menschheit am Rande ihrer nuklearen Vernichtung. Auch die letzten der Rüstungskontrollvereinbarungen wurden gescheift, alle vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen praktisch beendet. Nahezu unwidersprochen wird die Entspannungs- und Abrüstungspolitik der 80er Jahre als naiv denunziert.

Krieg, Gewalt, Terror und wirtschaftliche Sanktionen erscheinen als die einzige Möglichkeit zur Lösung internationaler Konflikte, obwohl sie sich längst als dafür untauglich erwiesen haben. Dass sich die Rüstungskonzerne in diesen Zeiten vor Aufträgen kaum retten können, ist nicht überraschend. Kriege werden erst dann aufhören, wenn niemand mehr daran verdient. (Bertolt Brecht)

Der angeblich beliebteste deutsche Politiker will Deutschland wieder kriegstauglich machen, als ob damit nicht schon zweimal die ganze Welt in unvergleichliche Katastrophen gestürzt worden ist. Doch auch hier sind noch Steigerungen möglich. Der Ex-Pazifist Josef Fischer fordert eine europäische nukleare Abschreckung. Der blanke Wahnsinn!

Erschreckend ist in diesem Zusammenhang die wachsende totale Gleichschaltung der Medien, einhergehend mit der immer dreisteren Ausgrenzung kritischer und nachdenklicher Stimmen. Eine Art Bekenntniszwang, der jede differenzierte Betrachtung verteufelt. Wer sich der bedingungslosen Unterstützung der ukrainischen Bandera-Verehrer verweigert, wird zum Putin-Versteher, wer den Konflikt im Gaza-Streifen in seiner Geschichte betrachtet, zum Antisemiten. In ersten Fällen bleibt es schon nicht mehr bei moralisierenden Abwertungen, es folgen bereits repressive Eingriffe in berufliche Existenz und selbst strafrechtliche Sanktionen. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland und Milliar-

denausgaben für den Ukrainekrieg haben in Deutschland Inflation und den Rückgang der Wirtschaftsleistung verstärkt, führen zu Sozialabbau und zur spürbaren Verringerung der Realeinkünfte bei der arbeitenden Bevölkerung und den Rentnern. Drastische Steigerungen der Energiepreise, unverschämte Miet erhöhungsverlangen und deutlich gestiegene Lebensmittelpreise gehören mittlerweile zum Alltag. Angesichts der verfassungsrechtlichen Einschränkung von Schattenhaushalten ist mit einer weiteren Vertiefung der sozialen Spaltung zu rechnen. Steuererhöhungen für die reichsten der Reichen, Vermögens- und Erbschaftssteuern oder die sinnlosen Ausgaben für Rüstung und Kriege werden wohl unangetastet bleiben. Bezahlen werden die Zache wieder diejenigen, die sie immer zahlen.

In verschärften Maßnahmen gegen Migranten glauben die Herrschenden ein Ventil gefunden zu haben, um den wachsenden Frust ihrer Untergebenen zu kanalisieren. Nur selten und inkonsistent wird dabei das Thema der Fluchtursachen aufgegriffen. Die mit Abstand wichtigste Fluchtursachen sind aber die weltweit geführten insgesamt ca. 55 Kriege. An der Spitze der Asylsuchenden in Deutschland stehen mit großem Abstand Flüchtlinge aus der Ukraine und Syrien. Die Beendigung dieser Kriege würde den deutschen Haushalt um ein Vielfaches dessen entlasten, was mit Kürzungen von Sozialleistungen für Geflüchtete überhaupt erreichbar ist oder Missionen zur Abriegelung Europas bewirken können.

2023 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Extremwetterlagen, Überschwemmungen, Trockenperioden und Waldbrände häufen sich und nehmen in ihren Auswirkungen zu. Wirksame Gegenmaßnahmen sind nicht in Sicht und in einem kapitalistischen System auch nicht zu verwirklichen. Der erhebliche Anteil daran durch

Militär, Rüstung und Kriegen an der Umweltverschmutzung wird einfach verdrängt.

In diesen schwierigen Zeiten hat es die Partei DIE LINKE nicht verstanden, die Stimmungen der Bevölkerungsmehrheit aufzugreifen und überzeugende Konzepte vorzustellen. Sie hat sich, wie eine Journalistin des „Tagespiegel“ bemerkte, zwischen Mittelmeer und Gendersternchen ins Abseits manövriert. Ob die Neugründung einer Partei um Sahra Wagenknecht die dadurch im politischen System entstandene Lücke tatsächlich schließen und Masseneinfluss gewinnen kann, wird sich zeigen.

ISOR ist als Verein politisch neutral, aber unser Herz schlägt weiter links. Unsere Sympathien gelten Gesine Lötzsch und Sören Pellmann ebenso wie Sahra Wagenknecht und Sevim Dagdelen. Es war wohl nicht ganz ernst gemeint, wenn Tilo Eisbrenner äußerte, dass sich mit zwei linken Parteien unsere Kraft jetzt verdoppelt habe, aber schön wäre es schon denn der Feind steht weiter rechts.

Für viele unserer Mitglieder ist ISOR zur politischen Heimat geworden, eine Gemeinschaft, in der ein offener Austausch zu politischen Fragen unter Gleichgesinnten weiter möglich und in der unsere Prägung durch DDR-Erfahrungen kein Makel ist. Informative und inhaltsreiche Veranstaltungen – bewusst gemeinsam mit dem „Rotfuchs“ und anderen ostdeutschen Verbänden – helfen uns, die komplexen und komplizierten politischen Zusammenhänge besser zu verstehen und in einem Zeitalter der Massenmanipulation und -verbildung einen klaren Kopf zu behalten. Mit **ISOR aktuell** sind wir bemüht, Orientierung zu geben, unseren Verein zu festigen und die politische Diskussion zu befördern.

Spürbar sind wir gefordert, wenn kranke oder gar pflegebedürftige Mitglieder unsere Hilfe und Solidarität brauchen. Manchmal ist ISOR sogar der einzige und wichtigste so-



Erst recht im Jahre 2024:

WAGE ES, WEISE ZU SEIN
(Horaz/Kant)

ziale Kontakt. Durch Alter und Gesundheitszustand bedingte Probleme haben auch den Vorstand der ISOR erreicht.

Wie bereits mitgeteilt, haben der bisherige Vorsitzende Horst Parton und sein Stellvertreter Prof. Dr. Horst Bischoff aus gesundheitlichen Gründen ihre Funktionen niedergelegt. Diese Entscheidung wurde in persönlichen Gesprächen getroffen, die in einer angenehmen Atmosphäre verliefen und von Respekt und Einsicht in das Unvermeidliche bestimmt waren. Zusammen mit Prof. Wolfgang Edelmann haben beide die Arbeit von ISOR über Jahrzehnte in führender Position entscheidend geprägt. Sie standen an der Spitze der Verhandlungen mit Rechtsanwälten, Gutachtern und Politikern. Unvergessen bleibt der Auftritt von Horst Parton vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit ca. 73.500 Petitionsunterschriften im Rücken.

Horst Parton und Horst Bischoff haben jetzt den Staffelstab an Jüngere weitergereicht, die den Kampf um Rentengerechtigkeit im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten

fortsetzen und bemüht sein werden, ihrem Lebenswerk zu folgen und so wie sie niemals aufgegeben.

Unsere Eingabe an den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen vom 20.7.2023 ist bisher unbeantwortet. Für eine Mahnung ist es noch zu früh.

Durch den Beitritt zum als Verein konstituierten Runden Tisch für Rentengerechtigkeit hat ISOR endgültig den organisatorischen Schulterschluss mit allen anderen von Rentengerechtigkeiten betroffenen DDR-Bürgern vollzogen und kämpft mit ihnen gemeinsam für einen Gerechtigkeitsfonds, der durch angemessene Einmalzahlungen Rentennachteile wenigstens abmildert.

Der Kampf um Rentengerechtigkeit wird durch Sozialabbau, Inflation, gezielte Teuerung der lebensnotwendigen Leistungen und Produkte heute und in absehbarer Zukunft noch wichtiger. Das schafft uns Verbündete und Partner. Es ist unsere Chance, Aufgabe und Pflicht, die Hände zu ergreifen, die mit uns um das Soziale, um ein würdevolles Le-

ben und Altern kämpfen. Nicht resignieren angesichts dieser Politik der wirtschaftlichen und sozialen Demontage, sondern Eintreten gegen dieses menschengemachte Umverteilen für Profite und Kriege ist unsere Devise.

Die von der Bundesregierung angebotenen Almosen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds, von denen überwiegend noch nicht einmal ehemalige DDR-Bürger profitieren würden, lehnen wir ab. Dass ISOR auch nach mehr als 32 Jahren noch existiert und sich zu Wort melden kann, dass eine lebendige Solidargemeinschaft erhalten blieb, verdanken wir dem unermüdlichen, selbstlosen und aufopferungsvollen Einsatz vieler unserer Funktionsinhaber in den TIG, deren Vorsitzenden, Vorstandsmitgliedern, Kassierern und Gruppenbetreuern. Dafür an dieser Stelle seitens des Vorstandes unser herzlicher Dank!

Allen in unserer Gemeinschaft Vereinten wünsche ich von Herzen ein gesundes, erfolgreiches und hoffentlich friedliches Jahr 2024.

*



Aus unseren TIG

Eine Geschichtsstunde in eigener Sache

Am 29. November 2023 trafen sich Mitglieder unserer **TIG Leipzig** und andere Interessenten zu einer spannenden und sehr aufschlussreichen Lesung unseres Genossen Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt zu seinem Buch „Der letzte Mann“. Damit wollten wir einen weiteren Beitrag zur Festigung unseres Geschichtsbewusstseins zur Rolle und dem Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beim Aufbau der DDR, dem Schutz ihrer sozialistischen Errungenschaften und der Sicherung des Friedens leisten.

Genosse Engelhardt wies in seinen Ausführungen nach, dass die Bildung des MfS eine objektive und historische Notwendigkeit war, um den friedlichen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu schützen und den Frieden zu sichern. Das MfS hat durch seine Arbeit Wesentliches dazu beigetragen, dass die DDR über 40 Jahre existierte und in der Welt als Friedensstaat anerkannt wurde.

Heinz Engelhardt berichtete darüber, dass sein Leben, insbesondere seine Entwicklung in seiner Kindheit und Jugend zu seiner Entscheidung führte, den Dienst im MfS aufzunehmen. Für ihn war es eine bewusste Entscheidung, seinen Beitrag beim Aufbau der DDR und dem Schutz des Sozialismus zu leisten. In verschiedenen verantwortungsvollen Dienststellungen

hat er das in konkretes politisches Handeln umgesetzt und hat ohne zu zögern, die Aufgabe der Auflösung des MfS/Amt für nationale Sicherheit (AfNS) übernommen, obwohl diese in einer komplizierten und spannungsgeladenen Zeit erfolgte. So hat Heinz Engelhardt ohne Zweifel besondere Verdienste, dass gerade im Lichte der Besetzung der Gebäude und Einrichtungen des Ministeriums durch Demonstranten diese Konfrontation friedlich gelöst wurde.

Ihm ging es neben den Aufgaben zum Schutz der Geheimnisse des MfS durch die Überführung in geordnete Strukturen auch darum, die gesellschaftliche und soziale Sicherheit der Mitarbeiter des MfS weitestgehend sicherzustellen. Diese Aufgabe ist auf Grund der politischen Stimmung im Land und des politischen Drucks des Beitritts der DDR zur BRD nur in Teilen gelungen, wie die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter des MfS erfahren musste. Im MfS wurde das alleinige Übel der nun neuen Bewertung der DDR gesehen, was den Prozess der Auflösung zusätzlich belastete. Wichtig für uns ist, und dies stellte Genosse Engelhardt eindeutig heraus, dass das MfS und seine Mitarbeiter nach rechtstaatlichen Grundsätzen der DDR gehandelt und einen bedeutenden Anteil daran haben, dass über 40 Jahre der Frieden in Europa erhalten werden konnte. Ein weiterer Aspekt seiner Ausführungen war, den betroffe-

nen Zuhörern zu empfehlen, offensiv mit ihrer Geschichte und ihrem Wirken im MfS umzugehen. Seine Erfahrungen bestärken ihn in dieser Haltung.

In der Diskussion zeigten die Zuhörer reges Interesse an den von Heinz Engelhardt gemachten Darlegungen. Die Fragen zu seiner Person und Entwicklung, aber auch zur Haltung des KGB zu Zeiten des Umbruchs in der DDR und der Auflösung des MfS sowie die Bedeutung der Unterstützung seiner Familie ergänzten die Ausführungen zu seinem Buch wesentlich.

Aus den Erläuterungen des Genossen Engelhardt und der Diskussion wurde ersichtlich, dass es in unserem öffentlichen Wirken erforderlich ist, sich gegen die Verleumdungen des MfS und seiner Mitarbeiter zu stellen und offensiv gegen Geschichtsfälschungen aufzutreten, wo immer sich dafür die Gelegenheit bietet.

Einige Zuhörer machten vom Angebot, das Buch zu kaufen, regen Gebrauch, zumal es keine weitere Auflage des Buches geben wird. So fand eine eindrucksvolle und geschichtsträchtige Buchlesung mit Bezügen zur aktuellen Politik und ihrer Entwicklung ihren Abschluss.

Aus den Erfahrungen der in diesem Jahr durchgeführten Veranstaltungen sieht der Vorstand unserer TIG in solchen Lesungen ein probates Mittel der politischen Information und Motivation unserer Mitglieder, weiter für die Ziele von ISOR zu kämpfen, und wird die Weiterführung solcher Lesungen 2024 anstreben.

**Gerald Böhm, Vorsitzender
der TIG Leipzig**

*

Keine Winterpause

Unser Anspruch war und ist: Die **TIG Schwerin** lebt durch ihre Organisation, geführt vom Vorstand, verbreitert durch unsere 14 Gruppenbetreuer und getragen von unseren Mitgliedern. Nun ja, wir sind weniger geworden. In Hochzeiten mit 407 Mitgliedern auf aktuell noch 104, davon eine Neuauflnahme. Man kann sie als harter Kern bezeichnen, denen ISOR als politische Heimat gilt; Gleicher unter Gleichgesinnten sein. Wir haben zu berücksichtigen, dass der Altersdurchschnitt bei 79,5 Jahren liegt, die Schar der Ü 80 und Ü 90 stetig wächst wie auch der in häuslicher Pflege, Pflegeheimen, betreutes Wohnen oder Seniorenresidenzen untergebrachten Mitglieder. Auch zu ihnen bestehen stabile Verbindungen. Wir wissen, dass das Interesse an aktuellen Informationen – zentral wie auch regional – sehr groß ist. Unsere Vereinszeitung **ISOR aktuell** nimmt dabei einen besonderen Platz ein. Seit vielen Jahren ergänzen wir das mit einem vierteljährlich verfassten **MITTEILUNGSBLATT**. Es kommt gut an. Jedem ist bewusst, mit zunehmendem Alter unserer Mitglieder muss Tribut an Aktivitäten gezollt werden. Am Ostermarsch und weiteren Aktionen des Schweriner Friedensbündnis (unsere TIG ist langjährige Mitglied) sind wir mit max. 10 Mitgliedern vertreten. Zu Rotfuchsveranstaltungen kommen etwas mehr. Unsere Erfahrung ist, die meisten Mitglieder erreichen wir mit eigenen Veranstaltungen, die als Rahmen geselliges Zusammensein bilden und der Inhalt vom aktuellen Zeitgeschehen bestimmt wird.

Wichtig, wir haben geeignete Räumlichkeiten, die gut erreichbar, angemessen und bezahlbar sind. In unserer letzten Vorstandsberatung am 6. Dezember haben wir deshalb bereits terminiert: Unsere Frauentagsfeier am 9. März, unser Sommerfest am 28. Juni und zum Jahresabschluss Anfang Dezember ein Weihnachtsfest. Ein abschließender Hinweis: Im weiteren Umfeld der größeren TIG gibt es eine Reihe kleinerer TIG mit manchmal nur noch wenigen Mitgliedern. Bevor sich diese auflösen, sollten sie sich den größeren anschließen. Wir haben z. B. die verbliebenen Mitglieder aus Hagenow und Gadebusch/Rehna aufgenommen sowie die Ludwigsluster zu Veranstaltungen eingeladen. Es funktioniert problemlos!

Karl Bachmann

*

Am 5. Dezember beging unsere **TIG Stollberg/Erzgeb.** ihre Weihnachtsfeier im „Volkshaus“ Brünlos. Fast alle kamen in Vorfreude auf die gemeinsame Runde, einige brachten ihre Ehepartner mit.

Dazu gehörten zunächst kurze Ausführungen zur politischen Lage und ein gemeinsames Mittagessen.

Danach wertete ich die mit Spannung erwartete Solidaritätsaktion für unsere kubanischen

Familien aus. Wir brachten stattliche 600 Euro zusammen. Mit Freude nahmen wir die WhatsApps mit Texten und Bildern aus Kuba entgegen. Daraus sahen wir, wofür unsere Spenden verwendet wurden und wie unsere kubanischen „Patenkinder“ in Pionieruniform am Appell und an Kranzniederlegungen von Revolutionären teilnahmen.

Es gab natürlich ein erzgebirgisches Kaffetrinken bei Weihnachtsstollen, Plätzchen und Räucherkerzen, bevor der Weihnachtsmann kam und seine Geschenke verteilte.

Erbauliche Stunden in solidarischer Gemeinschaft bekämpften wieder unser solidarisches Gefühl für andere und uns.

Jürgen Jattke

*

Am 14. Dezember fand in der **TIG Berlin-Marzahn** eine seit langem geplante Veranstaltung statt, bei der leider ein Drittel krankheitsbedingt nicht dabei sein konnten.

Zunächst wandte sich der amtierende Vorstand in einem Brief an Betreuer und Vereinsfreunde. In diesem verwies er auf die aktuelle politische Situation, die klare Bekenntnisse, Haltungen und einen Gedankenaustausch zu den anstehenden Problemen erforderte.

Unsere TIG zählt noch immer zu den zahlenmäßig stärksten in unserem Verein. Mit ihren vorliegenden Ergebnissen leistet sie dauerhaft einen bedeutsamen Beitrag für die Existenz von ISOR.

Der Jahresabschluss 2023 bestätigt die nahezu vollständige Abrechnung bei der Kassierung. Dafür gebührt den Betreuern und im besonderen Maße vor allem unseren Mitgliedern herzlicher Dank für Treue, Verlässlichkeit und Solidarität.

Es wurde aber auch hervorgehoben, dass es im Sinne von ISOR weiterhin darauf ankommt, die vorgegebene Orientierung für den Kampf mit Aktivitäten entsprechend den Möglichkeiten und Bedingungen zur Umsetzung in der Betreuung zu verbinden. Das erfordert, die Informationen unserer Mitglieder durch mögliche und bewährte Formen der Kommunikation mit der Zeitungszustellung und persönlichen Gesprächen zu gestalten. Dabei spielen auch Belange zur Unterstützung und Hilfe eine Rolle.

Wir wünschen unseren Mitgliedern für das kommende Jahr bestmögliche Genesung, Kraft, Erfolg und Optimismus für die weitere Treue und Verlässlichkeit als Mitglied von ISOR.

Es war eine würdige, dem Anlass entsprechende Jahresabschlussveranstaltung.

Johannes Auerswald, amt. Vorstand

Aus der Postmappe

In der Postmappe fanden sich Zuschriften, die unsere Veröffentlichung der Erklärung der aus der Linkspartei ausgetretenen Gruppe kritisie-

ren und darin eine „einseitige Parteinahme“, eine „Beeinflussung“ unserer Mitglieder und dem „Beschäftigen mit Auseinandersetzungen innerhalb einer Partei“ sehen.

Das bedauern wir.

Die Veröffentlichung in 11/23 war einzig als Mitteilung über eine bedeutsame Veränderung innerhalb einer Partei beabsichtigt, die unserem Verein nahestand. Sie war auch nicht als Beeinflussung oder als Parteinahme für oder gegen eine Gruppierung angelegt. Indem sie kommentarlos geschah, galt sie allein der Information, aus der jeder seine Schlussfolgerungen ziehen kann.

Wir wollen und werden uns nicht in parteiinterne Vorgänge einmischen, denn die Aufgabe von ISOR ist in den Grundsatzdokumenten unseres Vereins festgelegt, wozu parteizogene Kommentare, Stellungnahmen und dgl. eindeutig nicht gehören.

Danke für die Hinweise, die uns veranlassen werden, Geschehnisse in den politischen Parteien mit der notwendigen Distanz zu behandeln.

Wolfgang Kroschel, Redakteur

Denkmal

FREIHEIT

Peter Schwarzmann, Gotha, 19.12.2023



Freiheit – das große Wort der Jahre nach 1990. Endlich frei, freie Wahlen, Pressefreiheit, Rede- freiheit, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, unse- re Freiheit, das Gefühl der „großen Freyheit“ und „frei sein“, an sich und überhaupt! Unter den alten griechischen Philosophen suchten die Stoiker um 300 v.Chr. in Gelassenheit die „einfache Wahrheit“. Einer dieser Philosophen erklärte die Vereinbarkeit von Freiheit und De- termination:

Ein Hund, an einen fahrenden Wagen ge- bunden, hat die Möglichkeit, freiwillig hinterher zu laufen oder gewaltsam hinterher gezerrt zu werden.

Der deutsche Philosoph Hegel (1770-1831) erklärte uns den Freiheitsbegriff mit der Feststellung "Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit".

Nun, fast 300 Jahre später scheint in den Medien und im Sprachgebrauch das Wort Freiheit verblasst zu sein. Ich habe in den letzten Tagen Tageszeitungen, Magazine durchgeblättert, mir aktuell-politische Fernsehsendungen angesehen – das Wort Freiheit ist mir kaum noch aufgefallen. Dafür aber umso häufiger Begriffe wie „Kriegstüchtig werden“, „Wehrpflicht“, „Kriegsgefahr“, „Schutz vor Angriffen“, „militärisch neu aufstellen“, „beschleunigte Bewaffnung“, „Militärgerät schneller produzieren“, „einsatzbereite Streitkräfte“, „leistungsfähiges Kriegsgerät“, „Militärhilfe“ „Auslandseinsätze“ ...

Die deutsche Reichstagsabgeordnete Rosa Luxemburg prägte den Satz

Freiheit ist immer die Freiheit Andersdenkender.

Freikorpsoffiziere nahmen sich in der Freiheit einer deutschen Republik die Freiheit, diese Frau am 15.Januar 1919 mit einem aufgesetzten Pistolenstoss zu töten und die Leiche in den Landwehrkanal in Berlin zu werfen.

Ich habe als Kind das Ende des Zweiten Weltkrieges in Luftschutzkellern während der

zahlreichen Bombenangriffe erlebt, den Tod meiner 33 Spielgefährten nach dem Treffer durch eine US-Fliegerbombe auf unseren Kindergarten durch einen Zufall überlebt.

Bei dem Angriff der Amerikaner am 11. Februar 1945 auf meine Heimatstadt Weimar wurden durch 198 B17 Bomber, eskortiert von 171 Jagdflugzeugen, zwischen 11.50 und 12.00 Uhr 481 Tonnen Bomben abgeworfen. 2000 Menschen, darunter 85 Kinder wurden getötet und die Stadt versank in Schutt und Asche.

Ich nehme mir deshalb die Freiheit, anders zu denken als beispielsweise jener ständig grimmig-wildentschlossen blickende deutsche Herr im nicht mehr kriegstauglichen Alter von 63 Jahren, der soeben eine „kriegstüchtige Brigade“ in einem anderen europäischen Staat an der Grenze zu Russland stationiert hat.

In den Propaganda - Medien erscheinen Berichte und Meldungen, die den Eindruck erwecken, es habe sich eine Blase des ererbten und angestauten Hasses gegen Russland geöffnet:

Definition der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zum Begriff „Propaganda“:

Charakteristisch für Propaganda ist, dass sie die verschiedenen Seiten einer Thematik nicht darlegt und Meinung und Information vermischt. Wer Propaganda betreibt, möchte

nicht diskutieren und mit Argumenten überzeugen, sondern mit allen Tricks die Emotionen und das Verhalten der Menschen beeinflussen, beispielsweise indem sie diese ängstigt, wütend macht oder ihnen Verheißen spricht. Propaganda nimmt dem Menschen das Denken ab und gibt ihm stattdessen das Gefühl, mit der übernommenen Meinung richtig zu liegen.

Ich bin unbedingter Kriegsgegner – aber ich habe mich auch lebenslang mit den Ursachen und den Verursachern der Kriege beschäftigt.

Aus diesem Grunde erinnere ich an Hiroshima, Nagasaki, an Korea, Vietnam, Irak, Libyen und Syrien, und weitere. Und jetzt die Ukraine – immer die gleichen Hintermänner und Brandstifter.

Ich nehme mir auch die Freiheit an die Marschälle Kutusow und Schukow zu erinnern, auf ein Bild vom Berliner Reichstag vom Mai 1945 hinzuweisen und Bertolt Brecht zu zitieren:

**Das große Carthago führte drei Kriege.
Es war noch mächtig
nach dem ersten, noch bewohnbar
nach dem zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar
nach dem dritten.**

*

Für Frieden, Abrüstung und internationale Solidarität

Widerstand gegen Kriegstüchtigkeit

Abschlusserklärung vom Bundesausschuss Friedensratschlag

zum 30. bundesweiten Friedensratschlag am 9./10. Dezember 2023 in Kassel

Der 30. bundesweite Friedensratschlag in Kassel fand in einer Zeit statt, in der sich die Weltlage immer bedrohlicher zusetzt. Der Krieg in der Ukraine tritt in der Berichterstattung hinter der über den Krieg in Gaza zurück, tobt dennoch weiter. Der Krieg in Nahost hat bereits jetzt über 17.000 Tote gefordert, davon sind fast die Hälfte Kinder. Und das sind nur zwei von vielen Kriegen, die die Welt erschüttern.

Die wieder hohe Teilnehmerzahl beim Ratschlag war Ausdruck dafür, der Resignation nicht das Feld zu überlassen und durch eine inhaltliche, sachkundige und diskursive Auseinandersetzung über die Weltlage die Basis für Änderungen zum Besseren zu entwickeln.

Nach der erfolgreichen bundesweiten Friedensdemo in Berlin zwei Wochen zuvor, bei der die gesamte Breite der Friedensbewegung vertreten war, verständigten sich die Anwesenden in Kassel, ihre Arbeit in allen Regionen des Landes zu intensivieren und neue Impulse zu setzen, um die Friedensbewegung zu stärken.

Auf dem Friedensratschlag war man sich einig, dass die alte unipolare, von den USA dominierte Weltordnung dem Ende entgegen geht und eine neue Weltordnung im Entstehen ist. Die USA und ihre Verbündeten versuchen, diese Entwicklung mit allen Mitteln aufzuhalten. Dabei nehmen sie in Kauf, einen Weltbrand zu entfachen, indem sie bestehende Kon-

flikte massiv befeuern, neue Kriege vorbereiten und eine nie bekannte Hochrüstung betreiben. Atomare Drohungen gehören dabei mittlerweile auch wieder ins Repertoire der westlichen Politik und die heimlich vorbereitete Stationierung von US-Hyperschallwaffen in Deutschland, die sich tatsächlich zu einem Enthauptungsschlag gegen Russland eignen, steht für 2025 in Aussicht. Eine unermessliche Eskalation infolge des Wegfalls der Vorwarnzeit droht in Europa wie einst durch Pershing II, wenn die Stationierung dieser Waffen nicht verhindert wird.

Die Politik der Bundesregierung ist gekennzeichnet durch eine umfassende Militarisierung, statt die globalen Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen. Sie bedient dabei die Profitinteressen der Rüstungsindustrie und stützt die Vormachtstellung der USA. Das zeigt sich gerade beim Ukraine- und Gaza-Krieg. Dort setzt sie sich am erbarmungslosesten für eine Fortsetzung der Kriege ein und lehnt ungeachtet der horrenden Zahl von Opfern Waffenstillstände und Verhandlungen ab. Damit hat sie sich international zunehmend isoliert.

Die Friedensbewegung verlangt unabhängig von Vorgeschichte und Hintergrund der zahlreichen weltweiten Kriege und bewaffneten Konflikte einen Stopp aller Waffenlieferungen und setzt sich für die Einstellung aller Kriegshandlungen zugunsten diplomatischer Lösungen ein.

Weil sich die Friedensbewegung weiterhin widerständig gibt, ist sie mehr denn je heftigen Diffamierungen ausgesetzt. War es im letzten Jahr noch der Vorwurf als „Putinversteher“, so wird jetzt der bereits in den letzten Jahren immer häufiger erhobene Vorwurf des Antisemitismus gegen die Kritiker der israelischen Besetzungs-, Siedlungs- und Kriegspolitik hervorgeholt. Die Aushöhlung demokratischer Grundrechte bis hin zu Demonstrations- und Raumverboten gegen die Friedensbewegung nimmt angesichts der mangelnden Unterstützung für den Hochrüstungs- und Kriegskurs der Regierung deutlich zu.

Neben der aktuellen direkten Kriegsgefahr führt der haushaltspolitische Kahlschlag zu einem sozialen Krieg. Zwei Jahre nach der am 27.2.2022 von Olaf Scholz verkündeten „Zeitenwende“ mit dem „Sondervermögen“ von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr werden die sozialen Folgen spürbar. Die dramatischen Haushaltlöcher gäbe es ohne das gigantische Aufrüstungsprogramm und die kontraproduktiven Folgen des Wirtschaftskrieges nicht. Statt Rüstungskonzerne reich zu machen, hätte die Verbesserung der maroden zivilen Infrastruktur in Angriff genommen werden können. Man hätte Geld gehabt, um Kinderarmut zu verhindern, den Wohnungsbau voranzutreiben, das Bildungs- und Gesundheitssystem zu erneuern und die Sozialausgaben insgesamt zu erhöhen. Statt das 2%-Ziel der NATO durchzusetzen, fordern wir, diese Mittel für das Pariser Klimaabkommen einzusetzen.

Die Friedensinitiativen werden ihre Aufgabe im kommenden Jahr verstärkt darin sehen, ihre Aufklärungsarbeit in die soziale und Umweltbewegung zu tragen, um gemeinsam gegen den Sozialabbau und die Militarisierung im Lande zu streiten. Das wird bei den friedenspolitischen Aktionen des nächsten Jahres wie bei den Ostermarschen im Vordergrund stehen.

Der Versuch, auch die EU zunehmend „kriegstüchtig“ auszurichten, erfordert ebenfalls unseren Protest. Durch die internationale Kooperation der Friedensbewegung muss eine Alternative zur aktuellen europäischen Politik entwickelt werden. Kooperation, Zusammenarbeit und Entmilitarisierung in Europa ist unsere Aufgabe. Wir haben die Vision eines grenzenlosen friedlichen Europas von Lissabon bis Wladiwostok nicht aufgegeben.

Das erste Halbjahr 2024 steht im Zeichen der Wahlen zum EU-Parlament. Das erfordert eine kritische Auseinandersetzung der Friedensbewegung mit der NATO-konformen Politik der EU-Kommission, die auch bei immer mehr EU-Ländern auf Widerspruch stößt und die bereits vorhandene Spaltung der EU in vielen anderen Fragen eskaliert. Wir werden deshalb eine enge internationale Zusammenarbeit suchen, um den Protest gegen EU und NATO nach Brüssel zu tragen.

Bundesausschuss Friedensratschlag
Kassel, den 10. Dezember 2023

Zwischenruf

Neuland wieder unterm Pflug

„Mit dieser kriegstüchtigen Brigade übernehmen wir eine Führungsverantwortung hier an der NATO-Ostflanke“, verkündete Kriegsminister Pistorius jüngst nach der Unterzeichnung eines Stationierungsabkommens für knapp fünftausend deutsche Militärpersonen in Vilnius und Kaunas. Die bekommen da eine nach allen Regeln geplante Infrastruktur, denn „wir“ bekommen „mit dieser kriegstüchtigen Brigade eine Führungsverantwortung an der NATO-Ostflanke“.

Lange vermisst: „Führungsverantwortung“ in semantischer und, schlimmer, militärischer Verbindung und, noch schlimmer, „an der NATO-Ostflanke“.

Die militärische Anwesenheit in Litauen, bezeichnete Herr Minister ob nun unter geschichtlicher Demenz oder deutscher Ignoranz (vermutlich beides) stehend, als „Neuland“.

Im Osten was Neues?

Hatte dort nicht noch 1918 die deutsche Militärführung „Ober Ost“ den in der „Heimat“ verlorenen Krieg ignoriert und von Litauen aus ihren Ausbeutungsfeldzug gegen die

Ukraine fortgesetzt, von dort Getreide und Vieh fürs Reich geraubt und dafür deutsch-hörige Marionetten vom Schlag eines Skoropadski & Co., in Kiew installiert?

Leider hatte Anfang der 20er Jahre die Rote Armee in einem „Angriffskrieg“ „General und Ataman“ zum Teufel gejagt und der Hetman starb 1945 im, na klar, Exil in Westdeutschland. Die Grabpflege weist deutliche Unterschiede zu den Stätten der Muschiks auf. Alles hat seinen Preis.

Zwischen 1941 und 1945 wurde Litauen nochmals, aber sicherlich nicht als Neuland, von der faschistischen deutschen Wehrmacht unterm Pflug genommen, wobei sich manche treudeutsche Pflüger nochmal aus ihren Furchen wagten.

„In Litauen zu dienen und zu leben soll attraktiv sein“, verlautet Ober Ost bzw. das aktuell als Verteidigungsministerium bezeichnete Ansiedlungsinstitut.

Dritter Versuch.

w.k.

Lesenswert

Ich verfolge das abenteuerliche Tagesgeschehen mit Aufmerksamkeit. Dabei wurde ich auf das Buch „Kognitive Kriegsführung Neueste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO“ aufmerksam. Das Buch ist ein Muss. Was dort geschrieben ist, verfolge ich seit meinem Dienst in der DDR. In dem Buch werden die Methoden der Meinungsmanipulation der NATO bis in die Gegenwart, auch im Krieg in

der Ukraine in atemloser Offenheit beschrieben. Es lohnt sich, das zu lesen.

Rolf Lehmann, Bernau

Titel: Kognitive Kriegsführung
Neueste Manipulationstechniken als
Waffengattung der NATO
Autor: Jonas Tögel
Verlag Westend Verlag GmbH Frankfurt/Main
2023, 252 Seiten; ISBN: 9783864894220
24 Euro
EBook ISBN: 9783987910241 18,99 Euro

Bei anderen gelesen

Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.
Presseinformation zum Rentenforum
am 23. November 2023 in Leipzig

Ist die Rente auch in 10 Jahren noch sicher? Und ist mit der Rentenangleichung zum 1.Juli 2023 die Rentengerechtigkeit hergestellt – damit auch die Lebensleistung anerkannt? Das stand als Überschrift der Einladung zu unserem Rentenforum, der auch die Sächsische Staatsministerin

Petra Köpping, Kollegin Dr. Judith Kerschbaumer, Abt. Sozialpolitik der Gewerkschaft ver.di und Kollege Tobias Abt von der EVG gefolgt waren. Grußbotschaften kamen von der SPD-Landtagsfraktion aus Sachsen-Anhalt und von der IG BCE. Über 70 Teilnehmer der verschiedenen Berufs- und Personengruppen aus vier Ost-Bundesländern und Berlin waren nach Leipzig gekommen, um ihrer Forderungen nach Anerkennung ihrer Lebensleistung durch einen Gerechtigkeitsfonds Nachdruck zu verleihen. Die Vorsitzenden des Vereins, Dietmar Polster und Klaus-Dieter Weißenborn informierten über den in den vielen Jahren zusammen mit den Gewerkschaften geführten Kampf der Berufs- und Personengruppen um ihre gesetzlichen Rentenversorgungsansprüche. Trotz der früher oftmals gegebenen Versprechungen von politischer Seite für politische Regelungen zur Anerkennung der Lebensleistung hat sich bis heute nichts getan. Selbst mit der nun auf 2023 vorgezogenem Rentenpunktwertangleichung, die allerdings erst 25 Jahre später

als einst versprochen kam, werden auch künftige Ostrentnergenerationen benachteiligt. Denn der damit auch beschlossene Wegfall der Höherwertung der nach wie vor deutlich niedrigeren Ostlöhne führt auch künftig zu niedrigeren Renten der Ostdeutschen. Die Beseitigung der seit Jahrzehnten bestehenden Ungerechtigkeiten gegenüber den Berufs- und Personengruppen ist weder mit dem sogenannten „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ von 2017, noch mit dem im November 2022 beschlossenen „Härtefallfonds“ (HFF) erfolgt. Die drastischen Ausschlusskriterien beim HFF schließen die Betroffenen dieser Gruppen fast vollständig aus. Sachsen Staatsministerin Petra Köpping, die bereits im Juni 2017 eine Sonderkonferenz zur Beseitigung der Ostrentenungleichheiten und die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds gefordert hatte, bekräftigte ihre seit langem bestehende Position. Auch die Vertreter der Gewerkschaften erklärten, dass nur ein Gerechtigkeitsfonds, aus dem die Betroffenen eine angemessene Entschädigung

erhalten das seit über 30 Jahren bestehend Rentenunrecht beseitigen kann. Scharfe Kritik übten die Teilnehmer des Forums an der Bundespolitik, insbesondere am Bundessozialministerium und auch dem Ostbeauftragten Carsten Schneider. Dieser hatte wenige Tage zuvor auf dem „Forum Ostdeutschland 2030“ in Leipzig erklärt: „Noch zu wenige Ostdeutsche sprechen und entscheiden mit“. Zu einem von Vertretern des Runden Tisches geforderten Fachgespräch zur Notwendigkeit eines Gerechtigkeitsfonds unter Einbeziehung aller Gruppen ist aber Carsten Schneider nicht bereit. Und dies, obwohl er auf der Homepage der Bundesregierung erklärt hat, gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz die Soziale Einheit vollenden zu wollen. Viele der benachteiligten Angehörigen der Berufs- und Personengruppen hat bereits die „biologische Lösung“ erreicht. Deshalb fordern wir eindringlich: Für die noch Lebenden brauchen wir einen **GERECHTIGKEITSFONDS** – jetzt.

Altersmediziner empfehlen Senioren dringend Doppelimpfung gegen Grippe und Corona

Corona ist für viele Senioren und vor allem hochaltrige Patienten gerade wieder ein Problem. Kombiniert mit saisonalen Infekten wie Grippe, Pneumokokken oder auch Keuchhusten werden derzeit viele Ü60-Jährige stationär in den Kliniken behandelt. Auch die sehr schweren Verläufe sehen Mediziner derzeit vor allem bei älteren Menschen – der durchschnittliche COVID-19-Patient auf der Intensivstation ist 75 Jahre und älter, denn 85 Prozent der Patienten sind hochbetagt. „Der Schutz dieser vulnerablen Gruppe durch Impfungen bedarf deshalb noch größerer Aufmerksamkeit“, fordert Dr. med. Anja Kwetkat, Chefarztin der Klinik für Geriatrie und Palliativmedizin am Klinikum Osnabrück und Leiterin der Arbeitsgruppe Impfen der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie (DGG). Und weist darauf hin, dass es auch jetzt für den wichtigen Piks noch nicht zu spät ist!

Generell sollte die jährliche Grippe-Impfung für Senioren ab 60 Jahren zur Routine werden, wie das Reifen-Wechseln zur Saison am eigenen Auto – so empfiehlt es auch die STIKO. „Der quadrivalente (vierfache) Hochdosis-Impfstoff, der vor gut zwei Jahren eingeführt wurde, hat sich gut etabliert und zeichnet sich durch einen stärkeren Wirkschutz aus als der Standard-Impfstoff“, erklärt Dr. Anja Kwetkat. „Verlangen Sie mit über 60 Jahren unbedingt diesen Impfstoff, um eine gute Immunantwort zu erhalten.“ Insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen rät sie deshalb unbedingt zur jährlichen Grippe-Impfung. Zu relevanten Vorerkrankungen zählen die koronare Herzkrankheit (KHK), eine Herz- oder Niereninsuffizienz, Schlaganfall oder Diabetes. „Insbesondere bei den Herz-Kreislauf-Erkrankten besteht bei einer Grippeinfektion ein erhöhtes Risiko für das Auftreten kardiovaskulärer Komplikationen – und das auch noch nach überstandener Grippeinfektion“, so Kwetkat. Geimpfte Menschen sind gegenüber solch schweren Folgeerkrankungen deutlich besser geschützt.

Neu: Doppelimpfung gegen Grippe und Corona möglich

Wichtig zu wissen: Aufgrund der aktualisierten Datenlage wird die Influenza-Impfung jetzt gleichzeitig mit der COVID-19-Impfung empfohlen – vor allem für Ü60-Jährige, so die STIKO. „Für Senioren mit Basisimmunität wird eine Auffrischungsimpfung empfohlen. Im Moment geht man davon aus, dass diese jährlich benötigt wird und bevorzugt im Herbst verabreicht werden soll. Der Abstand zur letzten Auffrischungsimpfung sollte dann mindestens zwölf Monate her sein und zur letzten Infektion mindestens sechs Monate“, erklärt Impfexpertin Kwetkat. Zur Erinnerung: Eine Basisimmunität besteht bei Personen, die drei Impfungen bekommen haben oder zwei Impfungen und eine COVID-Infektion durchgemacht haben.

Auch Empfehlung für Pneumokokken-Impfung

Alle Ü60-Jährigen sollten sich zudem mit dem 20-valenten Konjugatimpfstoff gegen Pneumokokken impfen lassen – egal ob mit Vorerkrankungen oder ohne Vorerkrankungen. Für Senioren mit Vorerkrankungen, die vor mindestens sechs Jahren mit dem älteren Polysaccharidimpfstoff geimpft wurden, wird eine einmalige Auffrischung mit dem neuen 20-valenten Konjugatimpfstoff empfohlen. „Wir Altersmediziner hoffen, dass sich hier die Impfquote noch deutlich steigern wird, denn die Impfquote bei Pneumokokken ist leider noch vergleichsweise gering“, weiß Dr. Kwetkat. „Der Hausarzt sollte den Impfstatus überprüfen. Fragen Sie unbedingt danach, wenn Sie sich unsicher sind!“ Denn weiterhin ist eine Lungenentzündung, ausgelöst durch Pneumokokken, eine sehr schwere Erkrankung, vor der man sich aber einfach schützen kann.

Impfen ist fast immer möglich – außer bei Fieber

Mit Blick auf den Kalender wäre der Gang zum Hausarzt und zur Impfung bereits im Oktober sicherlich sehr gut gewesen. „Aber es ist jetzt kurz vor Weihnachten trotzdem nicht zu spät“, fordert Dr. Anja Kwetkat auf, Versäumtes nachzuholen.

Einzig und allein gilt es, nicht während eines Infektes zu impfen. „Fieber ist eine echte Gegenanzeige zum Impfen“, so Kwetkat. Also selbst wenn man nach einer rauschenden Familienfeier jetzt doch etwas Sorge vor Ansteckung hat, es vielleicht schon im Hals kratzt, kann geimpft werden. „Je mehr Senioren sich jetzt noch zur Impfung entschließen, desto weniger Patienten werden wir Altersmediziner in den nächsten Wochen auf unseren Stationen und Intensivstationen sehen“, ist Frau Dr. Kwetkat überzeugt. „Es ist wirklich wichtig!“

Wenn zwei Zeiten sich scheiden und alles, was man bisher fest verankert glaubte, plötzlich von einem Strudel erfasst wird und Zukünftiges mehr noch in der Ahnung lebt als in der organisierenden Vernunft, dann kann die Fragestellung nicht lauten: Wollen wir politisch sein? Sondern: Können wir es überhaupt verhindern, politisch zu sein?

OSSIETZKY; Ein Wort über Aktivismus

Architekturprojekt in der russischen Stadt Kaliningrad für einen

„IMMANUEL KANT- GEDÄCHTNISTEMPEL“

zur Würdigung des 300. Geburtstages von Immanuel Kant

Der „Verein der Berliner Freunde Russlands e.V.“ möchte in Kaliningrad zum Architekturprojekt „Immanuel-Kant-Gedächtnistempel“ anlässlich des 300. Geburtstages des großen Philosophen einen Beitrag leisten und bittet Euch daher um Eure Mithilfe in Form einer Spende:

Die Berliner Freunde der Völker Russlands arbeiten seit einem halben Jahr mit der Kaliningrader Abteilung des russischen Friedensfonds zusammen und haben ein gemeinsames Projekt mit dem Kaliningrader Kantmuseum auf der Museumsinsel in Kaliningrad für den 300. Geburtstag des Philosophen der Aufklärung, Immanuel Kant, erarbeitet. In Kaliningrad wird Kant wie ihr eigener Sohn verehrt.

Kant definierte als oberstes Prinzip gesellschaftlichen Lebens den „kategorischen Imperativ“, der durch unabhängiges Denken (Selbstbestimmung) und verantwortliches Handeln (Freiheit) aller Menschen und Völker bestimmt wird.

Frieden, Gerechtigkeit und Fleiß bezeichnet er als notwendige gesellschaftliche Voraussetzung. Unser Ziel ist es, in diesen schweren Zeiten Zeichen zu setzen.

Deutsche Bürger schenken der russischen Stadt Kaliningrad einen Gedächtnistempel für den großen Sohn Königsbergs, jetzt Kaliningrad.

Wir rufen euch auf, diese Initiative mit eurer Spende zu unterstützen, damit unsere Idee ein Zeichen für Frieden und Völkerverständigung zu setzen, Wirklichkeit werden kann.

Die ersten Spenden sind eingegangen, aber es bedarf noch großer Anstrengungen, um die geplante Projektsumme in Höhe von 30.000 € zu erreichen.

**Das Spendenkonto ist das
Vereinskonto.**

IBAN: DE29 8306 5408 0005 2919 41

**Verwendungszweck:
Spende/Kant/Kaliningrad**

Quelle: Informationsblatt der Berliner Freunde der Völker Russlands e. V. Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur Friedrichstraße 176/179,

10117 Berlin/Website: berliner-freunde-russlands.de
Kontakt / E-Mail: post@bfdvr.de Der Verein ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg mit der Nr. VR12286 Nz und vom Finanzamt für Körperschaften mit der Steuernummer 661/50068. Redaktion: Lothar Schlüter (Leitung),

Gestaltung: Torsten Rexin, V.i.S.d.P.: Ulrich Hoppe

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Joachim Bonatz

V.i.S.d. PG. und Redakteur Wolfgang Kroschel,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 20.12.2023

Einstellung im Internet: 5.01.2024

Auslieferung: 9.01. 2024

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.01. 2024

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr

Tel.:(030) 297843-16

Fax: (030) 297843-20

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Stellv. GF-Rente/Soziales: Peter Ott Di/Do 8-15 Uhr

Tel.:(030) 297843-15

E-Mail: isor-berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Di 8-15 Uhr

Tel.:(030) 297843-17

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Finanzen: Sonja Franz Mo-Do 8-15 Uhr

Tel.:(030) 297843-19

E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung: Bernd Hartmann Mi 8-15 Uhr

Tel.:(030) 297843-17

E-Mail: isor-stat@t-online.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BELADEBEXXX